
Vorname, Name

Ort, Datum

Dienstbezeichnung

An die/den
Präsidentin/Präsidenten des Oberlandesgerichts

durch
die/den Präsidentin/Präsidenten des Land-/Amtsgerichts

Elternzeit

Verlängerung

Gemäß §§ 9 Abs. 1 Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW (FrUrIV NRW), 16 Abs. 1 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) beantrage ich die Verlängerung der bereits bewilligten Elternzeit bis zum _____ einschließlich.

Im Übrigen beantrage ich, mir für die Zeit vom _____ bis _____ einschließlich Teilzeitarbeit zu 0,5 / 0,6 / 0,7 der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit während der Elternzeit zu bewilligen.

Gem. § 9 Abs. 2 S.1 FrUrIV NRW beantrage ich,

den maximal möglichen Anteil

einen Anteil von _____ Monaten, _____ Tagen

der mir zustehenden Elternzeit bis zur Vollendung des achten Lebensjahres meiner/meines Tochter/Sohnes _____ zu übertragen.

Die Bewilligung des übertragenen Anteils werde ich zu gegebener Zeit rechtzeitig (mindestens acht Wochen vor der beabsichtigten Beanspruchung) beantragen.

Ich bitte, mir schon jetzt diesen übertragenen Anteil in der Zeit vom _____ bis zum _____ zu bewilligen.

Ich versichere, dass

a) ich weiterhin mit meinem am _____ geborenen Kind _____, für das mir die Personensorge zusteht, in einem Haushalt lebe und es betreue und erziehe,

b) ich für die Dauer der Elternzeit keine bzw. keine über den Rahmen des § 15 Abs. 4 BEEG hinausgehende Erwerbstätigkeit ausüben werde.

Mir ist bekannt, dass

- die Elternzeit mit Zustimmung des Dienstherrn verlängert oder vorzeitig beendet werden kann und
- gem. §§ 9 Abs. 1 FrUrlV NRW, 16 Abs. 1 S. 6 BEEG regelmäßig nur auf zwei Zeitabschnitte verteilt werden darf,
- der Antrag auf Übertragung eines Anteils der Elternzeit gem. § 9 Abs. 2 S. 2 FrUrlV NRW nur innerhalb der Zeit gestellt werden kann, in der überhaupt noch Elternzeit in Anspruch genommen werden kann, also vor Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes.
- der übertragene Anteil der Elternzeit bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes abgewickelt sein muss.

Über die Auswirkungen der beantragten Beurlaubung bin ich unterrichtet.

Die sich aus dem früheren gemeinsamen Runderlass des Innenministeriums - 24 - 1.66 - 11/03- und des Finanzministeriums - B 1110 - 78b 19 – IV B 2 - vom 31.01.2004 ergebenden weiterhin gültigen Hinweise wurden mir bekannt gegeben.

Mir ist bekannt, dass vom Landesamt für Besoldung und Versorgung in Düsseldorf keine informatorischen Berechnungen zu den versorgungsrechtlichen Auswirkungen der Freistellung erstellt werden können.

Ich beabsichtige, das Dienstverhältnis nach Beendigung der Elternzeit fortzusetzen

mit voller Arbeitskraft

mit _____ des regelmäßigen Dienstes

Ich beabsichtige, mich nach Beendigung der Elternzeit beurlauben zu lassen.

Ich habe noch keine genaue Vorstellung für die Zeit nach Beendigung der Elternzeit.

(Unterschrift)